

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Chaos an den Flughäfen beseitigen und Sofortprogramm zur Arbeits- und Fachkräftegewinnung auflegen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland steckt im Reisechaos. Die Schlangen an den Flughäfen sind kilometerlang. Urlauber verpassen ihre Flüge. Fluggesellschaften streichen tausende Verbindungen, teilweise erst kurz vor dem Start. Reisende verzweifeln an kurzfristigen Umbuchungen, Flugstreichungen, verlorenem Gepäck und massiven Verspätungen. In einem Interview mit „Bild am Sonntag“ am 26. Juni 2022 erklärte Bundesverkehrsminister Wissing, er sei für die Personalpolitik der Flughafengesellschaften und Airlines weder zuständig noch verantwortlich. Diese Reaktion ist erstaunlich.

Die Bahn war noch nie so unpünktlich wie heute: Im Mai 2022 waren über ein Drittel der Züge im Fernverkehr verspätet. In den deutschen Urlaubsregionen, in Hotels und in der Gastronomie fehlen tausende Arbeits- und Fachkräfte. Manche Restaurants und Cafés an der Küste oder in den Bergen müssen an mehreren Tagen der Woche schließen, weil sie schlicht kein Personal mehr finden. Kurzfristige Besserung ist nicht in Sicht. Nach mehr als zwei Jahren des coronabedingten Verzichts platzt der Urlaubstraum nun zwischen Koffern, Warteschlangen und in schlechter Vorausplanung.

Einer der Hauptgründe für diese Entwicklungen: Der Fach- und Arbeitskräftemangel steigt in zahlreichen Bereichen. Stand heute sind 1,74 Millionen offene Stellen gemeldet. Besonders betroffen sind bislang Berufe in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Soziales und Bildung, Handwerk, IT sowie Metall- und Elektroindustrie. Für die Hälfte aller offenen Stellen in Digitalisierungsberufen gibt es laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft deutschlandweit keine ausreichend qualifizierten Arbeitssuchenden. Die Bürgerinnen und Bürger merken: An allen Ecken und Enden fehlt es an Arbeits- und Fachkräften, die anpacken. So wird unser Land behäbig und verliert an Lebensqualität. Nach wie vor sind rund 260.000 Beschäftigte in Kurzarbeit. Diese Zahl mag angesichts der angespannten Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt überraschen. Aber es bewahrheitet sich, dass die insgesamt erforderlichen und erfolgreichen Maßnahmen samt Aufstockung bei längerfristigem Bezug eben doch bei einem kleineren Teil der von coronabedingter Kurzarbeit Betroffenen bis heute nicht zur Offenheit für die Annahme anderer Tätigkeiten beitragen.

Nachteilige Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und auf Erneuerungen in der deutschen Wirtschaft sind zu befürchten. Jetzt muss die Bundesregierung endlich gegensteuern und eine gesamtstaatliche Anstrengung für mehr Arbeits- und Fachkräfte starten. Deutschland braucht hierzu ein Sofortprogramm.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel

1. zur Beseitigung des Chaos an den deutschen Flughäfen umgehend einen Flugreise-Gipfel unter Beteiligung der zuständigen Bundesminister einzuberufen, der etwa klärt, in welchem Umfang sicherheitsüberprüftes Personal bei Gepäckabfertigung und Gepäckwannen eingesetzt werden kann, um zertifiziertes Personal auf die Auswertung der Röntgenbilder etc. zu konzentrieren;
2. mit den für die Organisation des Flugbetriebs Verantwortlichen eine optimale Abstimmung vorzunehmen, damit das Flugangebot im Verhältnis zu dem für die Gepäckabfertigung und die Passagiersicherheitskontrolle vorhandenen Personal steht und Flughafenkapazitäten möglichst effizient genutzt werden;
3. sicherzustellen, dass bei einer erforderlichen kurzfristigen Anwerbung von Personal aus dem Ausland für alle dort anfallenden Aufgaben keine Abstriche bei der luftsicherheitsrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfung gemacht werden;
4. bis spätestens September ein langfristig tragfähiges Konzept zu erarbeiten, um künftig einem solchen Chaos an den Flughäfen vorzubeugen;

sowie zur Linderung des Arbeits- und Fachkräftemangels allgemein geeignete Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere

5. die Arbeitsagenturen und Jobcenter anzuhalten, zügig die Unternehmen bei der Einstellung von Arbeitskräften zu unterstützen. Dass auch an- und ungelernte Arbeitskräfte gesucht werden, eröffnet Beschäftigungschancen auch für Langzeitarbeitslose. Die in der letzten Wahlperiode geschaffenen Maßnahmen für Lohnkostenzuschüsse und umfassende persönliche Unterstützung sollten daher Bestandteil einer umfassenden Strategie werden. Eine weitgehende Abschaffung der Möglichkeit von Leistungskürzungen bei Pflichtverletzungen führt dagegen in die falsche Richtung;
6. die berufliche Aus- und Weiterbildung in Zusammenarbeit mit den Kammern und Berufsverbänden sowohl finanziell als auch im gesellschaftlichen Ansehen attraktiver zu machen. Hierzu können Maßnahmen wie etwa ein vollumfängliches „Azubi-Ticket“ für den öffentlichen Personennahverkehr und bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende beitragen;
7. sicherzustellen, dass elektronische und hergebrachte Berufsorientierungsmaßnahmen eng verknüpft und Bewerber und Bewerberinnen persönlich beraten und motiviert werden. Denn wir brauchen Arbeitskräfte mit Hochschulabschluss genauso wie erfolgreich ausgebildete Gesellen, Meister und Fachwirte;
8. gemeinsam mit den Bundesländern dafür zu sorgen, dass Bildungsabschlüsse zuverlässig miteinander vergleichbar werden. Dafür müssen schon bestehende Regelwerke rechtlich verbindlich gemacht werden, um Vergleichbarkeit zwischen Hochschulabschlüssen und beruflichen Ausbildungen herzustellen und zu zeigen, wo gleichwertige Fähigkeiten erlernt werden;
9. sicherzustellen, dass knappe Arbeits- und Fachkräfte einfach und schnell dort eingesetzt werden können, wo sie dringend gebraucht werden. Hierfür müssen flexible und abschlussorientierte Nach- bzw. Teilqualifizierungen für Geringqualifizierte und Quereinsteiger ermöglicht werden;

10. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, etwa durch die Erleichterung des Wiedereinstiegs in den Arbeitsmarkt nach der Elternzeit, eine bessere Kinderbetreuung in der Fläche, anpassungsfähige Arbeitszeitmodelle und die Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit erwerbsbedingter Kinderbetreuungskosten sowie flexible Arbeitszeitmodelle. Hierfür müssen unter anderem wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeiten ermöglicht und dabei der Rahmen der EU-Arbeitszeitrichtlinie ausgeschöpft werden.

Berlin, den 5. Juli 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

